

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 15. Jahrgang, Nr. 18, 9. September 1998

rechts

Einblicke

Angefressen

Von Hans Büttner

Wir halten, was die CSU verspricht!“ Mit diesem Motto ziehen die REP in den bayerischen Landtagswahlkampf. Die Vorlage lieferte die CSU, die in ihrem Wahlkonzept Ausländer und Kriminalität zu einem Schwerpunkt machen wollte. Seitdem ist Angst zu spüren in den Reihen der letzten zentralistischen Einheitspartei in Europa: Die Geister, die sie rief, könnten ihr Kreuzchen bei den REP oder der NPD machen - die absolute Mehrheit wäre dahin. Wie gefährlich die rechtsextremen Parteien in Bayern sind, hat jüngst der bayerische Verfassungsschutz bestätigt. Unter dem Deckmantel einiger Biedermänner versammelt sich zusehends die gewaltbereite rechtsextreme Szene. Beflügelt von der intellektuellen neuen Rechten und einigen CSU-Politikern.

Neben Gauweiler und Uhl bildet dabei Innenstaatssekretär Regensburger eine Speerspitze. Nicht im Bierzelt, sondern im Landtag gab er die Parole aus: „Wir haben hier nicht Platz für alle Schwulen und Lesben der Welt!“

In der Manier ihres Altmeisters Franz-Josef Strauß versuchen seine Jünger, den Rechtsextremen durch Übernahme ihrer Parolen die Stimmen zu nehmen. Doch die Taktik scheint nicht mehr aufzugehen. Gerade die Region Ingolstadt, wo Regensburger seinen Wahlkreis hat, wird zunehmend zum Aufmarschgebiet der noch gespaltenen extremen Rechten.

Statt mit den Demokraten im Land ein moralisches Bollwerk gegen die Feinde der Demokratie zu errichten und die verunsicherte Bevölkerung sachlich aufzuklären, sucht die CSU weiter nach neuen Sündenböcken. Durch Übernahme des Vokabulars der Rechtsextremisten werden diese nur aufgewertet. Wahlforscher in Bayern geben den REP reelle Chancen für den Einzug ins Maximilaneum.

„Man soll dem Volk aufs Maul schauen, man darf ihm aber nicht nach dem Mund reden“ erkannte bereits Martin Luther. Die CSU sollte bei aller Liebe zur Macht den demokratischen Anstand nicht Rechtsextremisten zum Fraß vorwerfen. Sie könnte dabei leicht selbst angefressen werden.

Rechte Marktlücke

Das Wahlprogramm des „Bundes Freier Bürger“ beweist, daß die Partei dem rechtsextremen Lager nicht fernsteht.

Seite 2 ■

Schauplatz Lüneburg

In der niedersächsischen Stadt sind zunehmend gezielt gesteuerte Aktivitäten von Neonazis festzustellen.

Seite 3 ■

Rechter Persilschein

Die richterliche Absolution für die „Republikaner“ in Berlin bereitet Bauschmerzen.

Seite 6 ■

Rivalitäten

In der Führungsspitze des „Front National“ ist ein offener Streit zwischen Le Pen und Mégret entbrannt.

Seite 7 ■

Tatort Baustelle

Ein von der Europäischen Kommission gefördertes Projekt soll in Brandenburg Verständnis für die Situation der ausländischen Arbeitnehmer wecken.

Seite 8 ■

Meldungen

Seite 13 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhlöffel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Suche nach rechter Marktlücke****Der „Bund Freier Bürger“ hat sein „Wahlprogramm '98“ vorgestellt.**

Wenn der Erfolg bei Wahlen nur abhängig wäre vom verfügbaren Werbeetat, dann könnte sich der „Bund Freier Bürger“ (BFB) von Manfred Brunner und Heiner Kappel berechnete Hoffnungen machen, sich aus dem Kuchenstück, das rechts von den Unionsparteien zum Verteilen zur Verfügung steht, ein beachtliches Stück herausbrechen zu können. Doch je größer das Angebot, desto schwerer wird es, die erfolversprechende Marktlücke auszumachen. Der BFB versucht es mit dem Slogan „Wir sind die Partei der Bürger, die einen schlanken, aber starken Staat wollen“.

Pünktlich einen Monat vor der Bundestagswahl wurde aus der Münchener Parteizentrale ein aufwendig gestaltetes „Wahlprogramm '98“ vorgelegt. Auf dem Titelbild eine Menschenmenge, deren Gesichter nicht zu erkennen sind. Umso deutlicher dagegen die Grundaussagen, die in dem Heft auf zwanzig Seiten in zehn Kapiteln ausgebreitet sind.

Politikverdrossenheit wird als wichtiges Mobilisierungselement erkannt. Gleich im ersten Punkt des Eingangskapitels „Rückkehr zu Demokratie und Recht“ heißt es: „Es entstand der Parteienstaat, in dem Berufspolitiker nur noch verdienen wollen anstatt zu dienen.“ Das Verhältniswahlrecht soll durch das Mehrheitswahlrecht ersetzt werden, die Tagungsdauer der Parlamente auf zweimal jährlich acht Wochen verkürzt werden.

Schwankt der BFB in diesem Abschnitt noch zwischen allgemeiner Unbestimmtheit und Rechtspopulismus, so wird im folgenden Punkt „Gleichberechtigung für Deutschland“ Klartext geredet: „An die Stelle einer propagandistisch einseitig negativen Vergangenheitsbewältigung setzen wir ein neues Geschichtsbewußtsein und die Rückkehr zur Normalität.“ „Es ist absurd, die Deutschen kollektiv für die Verbrechen des Nationalsozialismus verantwortlich zu machen. Und es ist unmoralisch, daß eine Vergangenheit, unter der gerade auch die Deutschen gelitten haben, für politische und finanzielle Erpressungen mißbraucht wird.“ Hier, wie durchgängig auch an anderen Stellen, wird Deutschland stets als Opfer und reines Objekt der Weltpolitik

gesehen. Dazu passend weiter: „Unsere Jugend darf nicht länger mit einem verzerrten und verkürzten Geschichtsbild aufwachsen.“

Außenpolitisch, bei einer „Sicherheitspolitik im nationalen Interesse“, fordert man die „notwendigen Finanzmittel“ für die Streitkräfte, die zu einer Berufsmarine mit Milizanteil werden soll. Daneben ist eine Militarisierung des Militärs geplant, bei weitgehender Herauslösung aus der ministeriellen Zuständigkeit und Befehlsgewalt des Bundespräsidenten. Die Wehrmacht wird als grundsätzlich traditionswürdig angesehen, denn „unzählige, namenlose Frontsoldaten haben ehrenvoll und unter Beachtung der Gesetze des Krieges für ihr Vaterland gekämpft.“

Dem starken Staat nach außen entspricht mit der Losung „Sicherheit für alle Bürger“ der starke Staat nach innen. Fast selbstverständlich die Forderung nach einer „Stärkung der Polizei vor Ort“, nach einer „Erhöhung der Mindeststrafen“. Auf dem Programm steht die Einführung von „Schnellverfahren“, Bewährungsstrafen sollen zur „Ausnahme“ werden, Untersuchungshaft bei „Wiederholungsstraftaten“ zur Regel. Das umstrittene „New-Yorker Modell“ soll auch in Deutschland angewandt werden.

Im Abschnitt „Einwanderung und Ausländerrecht“ sind die Positionen des BFB mit denen von REP/DVU/NPD nahezu identisch. Wollte man ähnlich platt argumentieren wie Brunners Programm, dann könnte man die zehn Unterpunkte des Kapitels in zwei Worten zusammenfassen: „Ausländer raus!“ Der Rechtsanspruch auf Asyl soll vollkommen abgeschafft werden. Nur noch „im Rahmen seiner wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten“ gewährt Deutschland politisches Asyl. „Doppelte Staatsbürgerschaft lehnen wir grundsätzlich ab.“ Einbürgerung soll eine „Ermessensentscheidung“ sein. Das „Abstammungsrecht“ soll weiterhin gelten, Ausländerwahlrecht ausgeschlossen sein.

Am Ende des Programms stehen die beiden Abschnitte „Landwirtschaft schützt Umwelt und Heimat“ sowie „Offensive für Bildung und Kultur“. Zum Umweltschutz wird dabei so gut wie nichts gesagt, dafür das hohe Lied der bäuerlichen Landwirtschaft gesungen und die Einführung von Schutzzöllen gefordert.

Die Marktlücke wird für den BFB bei den kommenden Wahlen wohl recht klein bleiben. Nur bei einem baldigen Zerfall der REP könnten sie aus deren Potential und Mitgliedschaft Zugewinne verbuchen.

Jean Cremet

Aktivitäten

Schauplatz Lüneburg

Eine Stadt gerät zunehmend in das Visier der Neonazis. Eine NPD-nahe Gruppierung kandidiert zu den Landratswahlen.

Seit drei Monaten kommt Lüneburg nicht mehr zur Ruhe. Der braune Ungeist scheint die Stadt zu erobern, und gerade das möchten Neonazis vom Schlage des Thomas Wulff oder Christian Worch (beide Hamburg) erreichen. Agierten beide Anfang des Jahres noch in Lübeck, so hat es den Anschein, als ob sie sich jetzt den Lüneburger Raum für verstärkte Aktivitäten ausgesucht haben.

So hat sich im Mai Holger Schwarz aus Wendisch-Evern (nahe Lüneburg) bei der dortigen „Initiative Arbeitssuche Lüneburg“ gemeldet und Engagement geheuchelt. Anfang Juni meldete er dann im Namen der Initiative eine Demonstration an - obwohl er dazu gar nicht befugt war. Die Schwarz-Legende war der Arbeitsloseninitiative zu dem Zeitpunkt nicht bekannt. So konnte sie auch nicht wissen, daß Schwarz bereits im März beim Neonazi-Aufmarsch für das „Bündnis Rechts für Lübeck“ in Erscheinung getreten war. Unter falscher Flagge strömten dann am 13. Juni rund 70 Neonazis in die Stadt Lüneburg - an der Spitze Worch, Wulff, Schwarz, Tobias Thiessen (Henstedt-Ulzburg), Bernd Stehmann (Bielefeld), Stefan Schmidt (Uelzen) - alles sogenannte „Freie Nationalisten“ (BNR 13/98). Einen Monat zuvor hatten Personen aus dem Umfeld sich zu einer Aktion „Reinigung von Kriegerehrenmalen“ getroffen. Als wäre die Lüneburger Arbeitsloseninitiative nicht schon genug dupliert, outete sich auf einer Podiumsdiskussion ein weiteres Mitglied, Teja Lechel, als DVU-Gänger. Zeitgleich wurden in der Innenstadt Flugblätter der „Freien Nationalisten“ verteilt.

Am 20. Juni hatte Sven Greve zum großen „Hammerskin-Nordmark-Treffen“ nach Scharnebeck (bei Lüneburg) eingeladen. Die Polizei löste die Zusammenkunft auf. Neben Hammerskins aus dem gesamten nördlichen Deutschland kamen Teilnehmer aus Großbritannien, Schweden, Holland und den USA. Der 29-jährige Greve zählte vor Jahren zum Umfeld der FAP. Kürzlich tauchte er im Wahlkampf wieder auf: Mit Gesinnungskameraden baute er in Neuhaus (Landkreis Lüneburg) einen Stand der „Unabhängigen Wählerliste Landkreis Lüne-

burg“ (UWL) auf, die schon 1994 bei den Kreistagswahlen auftauchte. Die UWL steht der NPD nahe - eine Personalunion läßt sich nachweisen. Zur Zeit trommelt die UWL jedenfalls für ihren Kandidaten Herbert Bartsch zu der am 27. September stattfindenden Landratswahl. Bemerkenswert ist, daß die UWL Stellschilder der DVU benutzt. Als führende Kraft bei der UWL gilt Malte Holzer (Amelinghausen bei Lüneburg). Er war in den 80er Jahren stellvertretende Landesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“ in Niedersachsen und zeitweilig auch im NPD-Kreisvorstand. Der Großhandelskaufmann kandidierte für die Kreistagswahlen 1986 und für die Landtagswahl 1990 - jeweils als NPDler.

Sven Greves Brüder Michael und Hans gehören zur örtlichen Neonaziszene. Michael zählte zum FAP-Umfeld, Hans liebäugelte mit FAP und „Nationalistischer Front“. In den 80er Jahren zählte er sich zur sogenannten „Sachsenfront Nord“ und war verantwortlich für das Fanzine „Hetzer“. Bruder Michael war Mitglied der rechtsgerichteten Skinband „Kraftschlag“. 1996/97 betrieben Michael und Hans Greve in Hamburg-Lohbrügge den Laden „Buy or Die“. Sie bedienten dort sowohl Neonazis wie Hooligans. Die Brüder initiierten Skinhead-Fußballturniere, zuletzt in Tostedt (Kreis Harburg-Land). Der Greve-Laden in Hamburg schloß im vergangenen Jahr und öffnete jetzt wieder in Lüneburg. Als Betreiber fungiert Christian Sternberg, bei dem Neonazis mit Musik versorgt werden - dies ergab eine Nachfrage vor Ort. Sternberg tummelt sich im Umfeld von Sven Greve und seinen Hammerskins - die Szene zählt immerhin 25 Personen, so der niedersächsische Verfassungsschutz.

Im Juli tauchte in Lüneburg ein zweites Flugblatt der „Freien Nationalisten“ auf. Im August besuchte besagter Personenkreis der „Freien Nationalisten“ eine Saalveranstaltung mit Gregor Gysi (PDS). Nur ein großes Polizeiaufgebot sorgte dafür, daß die Gruppe von einer offenbar geplanten Störaktion absah - entsprechende Flugblätter behielt man unter der Jacke. Auf der Straße fielen dann allerdings Steine gegen PDS-Anhänger.

Für den 15. August wurde in Lüneburg ein „Rudolf-Heß-Marsch“ angemeldet und behördlich untersagt. Antragsteller war Torben Stecker aus Handorf. Stecker stammt aus Oldenburg und war lange Zeit mit Thorsten de Vries beim inzwischen verbotenen „Deutschen Kameradschafts-Bund“ in und um Wilhelmshaven aktiv. Jetzt hat er eine neue Bleibe bei Manfred Börm gefunden, einst Gauleiter der „Wiking-Jugend“.

B. Ohne

Analyse

Alarmglocken

Daß auch unter SPD-Sympathisanten und Gewerkschaftsmitgliedern viele Wählerinnen und Wähler rechtsextremer Parteien sind, war bekannt. Unbekannt ist aber das Ausmaß.

Seit Jahren warnen Wahlforscher die Sozialdemokraten davor, den rechten Bodensatz in den Reihen ihrer Anhänger zu unterschätzen. Die alte Gleichung „Der deutsche Arbeiter wählt links“ stimmt schon längst nicht mehr. Aber wie erheblich das rechtsextreme Wählerpotential unter Gewerkschaftern - und hier besonders unter jungen und arbeitslosen - den Durchschnitt der Gesamtbevölkerung übersteigt, ist überraschend und bedrückend.

Bei einer vom Westdeutschen Rundfunk beim Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap in Auftrag gegebenen Sonderuntersuchung kam heraus: Das rechtsextreme Wählerpotential liegt bundesweit bei acht Prozent (andere Institute sehen das Potential noch höher), aber unter Gewerkschaftsmitgliedern beträgt es elf Prozent. Besonders anfällig für rechtsextreme Parolen sind 18- bis 24-jährige Gewerkschaftsmitglieder. In dieser Altersgruppe könnten sich 32 Prozent vorstellen, rechtsextrem zu wählen; bei allen Jungwählern sind es 17 Prozent. Von arbeitslosen Gewerkschaftsmitgliedern neigen 20 Prozent dazu, eine rechtsextreme Partei zu wählen, während es von allen Arbeitslosen 14 Prozent sind. Sie wurden gefragt, ob sie sich vorstellen könnten, „bei der Bundestagswahl im September die Republikaner, die DVU oder die NPD zu wählen?“

Die Spitzen von DGB und SPD waren schockiert über die Ergebnisse, sahen aber doch darin auch eine Chance, bis zur Wahl durch Aufklären und Überzeugen bei den nach rechts schwankenden Gewerkschaftsmitgliedern noch ein Umdenken zu bewirken. Die Zahlen seien „nachdenkenswert und schlimm“, kommentierte DGB-Chef Dieter Schulte. SPD-Präsidiumsmitglied Rudolf Dreßler fand sie „besorgniserregend“.

In der Neigung gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer zu rechtsextremen Parteien spiegeln sich Zukunftsängste, Furcht vor sozialer Deklassierung und wirtschaftlichem Abstieg. Sie fühlen sich auch unmittelbar durch Konkurrenz von Ausländern um Arbeitsplätze bedroht und fallen offenbar deshalb auf rechte Sprüche herein. (hll)

Wahlen I

Rechte Kandidaturen

Zu den Bundestagswahlen kandidieren - konkurrierend - die rechtsextremen Wahlparteien „Republikaner“, DVU und NPD weitgehend flächendeckend.

Die REP treten mit 208 Personen auf der Landesliste (295 direkt) an; die NPD-Liste umfaßt 145 Kandidatinnen und Kandidaten (31 direkt); die DVU kandidiert mit 190 Bewerberinnen und Bewerber nur auf Landeslisten.

In den einzelnen Bundesländern treten für die drei Parteien dabei folgende Personen an (nachfolgend jeweils die Spitzenkandidaturen der Landeslisten): Baden-Württemberg: REP: Rolf Schlierer (REP-Bundesvorsitzender; geb.1955), Herbert Bastl (1953), Rüdiger Helfer (1958), Karl-August Schaal (1935), auf Platz 19 kandidiert der wegen Volksverhetzung verurteilte Polizist Manfred Ellinger; DVU: Peter Jürgensen (DVU-Landesvorsitzender; 1944), Manfred Eckert (1940), Matthias Schmitt (1965); NPD: Hartmut Hildebrandt (1928), Günter Deckert (1940), Michael Wendland (Landesvorsitzender; 1970).

Bayern: REP: Norbert Mitteldorf (stellvertr. LV; 1942), Gottfried Schubert (1931), Dieter Hübing (1936); DVU: Franz Schönhuber (1923), Reinhard Wenniger (1949), Dietlinde Siebenrock (1979); Listenplatz 6 wurde mit dem rechtsextremen Publizisten Rolf-Josef Eibicht (1951) und Platz 8 mit dem ehemaligen REP-Funktionär Otmar Wallner (1947) besetzt; NPD: Udo Voigt (Bundesvorsitzender; 1952), Franz Salzberger (1952), Klaus Beier (Bundespressesprecher; 1966).

Berlin: REP: Sven Frank (stellvertr.LV; 1942), Ingeborg Seifert (1942), Jürgen Brey (1936; stellvertr.LV); DVU: Olaf Herrmann (Landesvorsitzender; 1976), Linda-Susanne Riß (LV-Mitglied; 1961), Markus Nonninger (LV-Mitglied; 1971); NPD: Andreas Storr (1968), Jürgen Bolte (1950), Lars Macht (LV-Mitglied; 1972).

Brandenburg: REP: Wolfgang Kurzweg (Landesvorsitzender; 1931), Andreas Richter (1961), Hermann Flemmig (stellv.LV; 1939); DVU: Axel Hesselbarth (Landesvors.; 1957), Michael Claus (stellv.LV; 1960), Hartmut Koch (1937); NPD: Jörg Hähnel (1975), Thilo Kabus (1966), Maik Hampel (1971).

Bremen: REP: Werner Krug (Landesvorsitzender; 1946), Johannes Gutzmann (LV-Mitglied; 1934),

Peter Pricelius (LV-Mitglied); DVU: Siegfried Tittmann (stellv.LV; 1954), Herman Czech (LV-Mitglied; 1934), Ursula Fabisch (1941); NPD: Helmut Walter (Landesvorsitzender; 1952), Wilhelm Schmidt (LV-Mitglied; 1955), Horst Grüttert (1936).

Hamburg: REP: Ute Behrens (stellv.LV; 1957), Heinz Böhmecke (1928), Josef Saller (1937); DVU: Dirk Schober (1962), Marion Blohm (LV-Mitglied Bremen; 1953); NPD: Ulrich Harder (Landesvorsitzender; 1929), Lothar Baseler (stellv.LV; 1935), Jürgen Winkler (1941).

Hessen: REP: Gottfried Burischek (LV-Mitglied; 1944), Christoph Schlicher (1962), Eike Erdel (REP-Hochschulverband; 1971); DVU: Marion Christ (1956), Marie Kaufmann (1949), Hermann Schrader (1935), auf Platz kandidiert Rudolf Gabriel (1921), der u.a. mit der rassistischen „Artgemeinschaft“ von Jürgen Rieger verbandelt ist; NPD: Doris Zutt (1955), Volker Sachs (1934), Thomas Hantusch (LV-Mitglied; 1966).

Mecklenburg-Vorpommern: REP: Bernd Bernhard (Landesvorsitzender; 1951), Fritz Hoffmann (1937), Wilfried Walter (1940); DVU: Sven Elske (1975), Ute Nehls (1961), Manfred Samper (1939); NPD: Hans-Günter Eisenecker (Landesvors.; 1950), Ronny Grubert (1972), Silke Lewin (1946).

Niedersachsen: REP: Peter Lauer (Landesvorsitzender; 1940), Gerhard Tempel (stellv.LV; 1939), Heinz-Otto Lehmann (stellv.LV; 1943); DVU: Hans-Otto Weidenbach (BuVo-Mitglied; 1952), Elfriede Budina (Landesvorsitzende Bremen; 1928), Wolfram Krause (Landesvorsitzender Niedersachsen (1937); NPD: Ulrich Eigenfeldt (Landesvorsitzender; 1947), Friedrich Preuß (LV-Mitglied; 1943), Horst Nolte (stellv.LV; 1932).

Nordrhein-Westfalen: REP: Ursula Winkelsett (Landesvorsitzende; 1962), Reinhard Wnendt (stellv.LV; 1949), Wolfgang Frieb-Preis (stellv.LV; 1942); DVU: Gerhard Frey (Bundesvorsitzender; 1933), Eugen Dux (stellv.LV; 1940), Ursula Ritter (1952); NPD: Udo Holtmann (Landesvorsitzender; 1937), Erwin Kemna (LV-Mitglied; 1950), Hans-Robert Klug (LV-Mitglied; 1972).

Rheinland-Pfalz: REP: Werner Wegmann (1944), Gabriele Bannier (LV-Mitglied; 1958), Christel Schmidt (1936); DVU: Bruno Wetzels (Landesvorsitzender Bayern; 1947), Hans-Dieter Liederwald (Landesvorsitzender; 1964), Ingo Hammel (1968); NPD: Karlheinz Pfirrmann (1945), Wolfhard Steiner (1944), Sascha Wagner (1972).

Saarland: REP: Karl-W. Weiss (Landesvorsitzender; 1954), Markus Loew (LV-Mitglied; 1976), Horst Ames (LV-Mitglied; 1932); DVU: Werner Jo-

chum (stellv.LV; 1940), Dieter Huppert (Landesvors.; 1932), Kurt Scherer (LV-Mitglied; 1927).

Sachsen: REP: Ottokar Schimkat (LV-Mitglied; 1942), Kerstin Lorenz (stellv.LV; 1962), Falko Dittberner (LV-Mitglied; 1970); DVU: Rudolf Krause (ehemals CDU und REP; 1946), Hans Pötzsch (1933), Arnold Pape (Landesvorsitzender; 1924); NPD: Gregor Janik (LV-Mitglied; 1955), Winfried Petzold (Landesvorsitzender; 1943), Mike Zimmermann (1967).

Sachsen-Anhalt: REP: Hermann Lehmann (Landesvorsitzender; 1936), Ekkehard Birkholz (stellv.LV; 1933), Udo Reinke (stellv.LV; 1947); DVU: Heinrich Gerlach (Landesvorsitzender Schleswig-Holstein; 1948), Birgit Fechner (1965), Peter Hentschel (1943); NPD: Steffen Hupka (Landesvorsitzender; 1962), Andreas Karl (stellv.LV; 1963), Günter Battke (LV-Mitglied; 1932).

Schleswig-Holstein: REP: Henning Raffel (LV-Mitglied; 1938), Uwe Senne (1935), Frank Müller (LV-Mitglied; 1961); DVU: Klaus Sojka (1926), Renate Köhler (stell.LV u. BuVo-Mitglied; 1938), Heinrich Henftling (stellv.LV; 1920); NPD: Ingo Stawitz (ehemals DVU, DLVH; 1950), Uwe Schäfer (Landesvorsitzender; 1938), Rita Küster (1927). Thüringen: REP: Heinz Schneider (stellv.LV; 1939), Mathias Ritter (stellv.LV; 1950), Gudrun Otto (1950); DVU: Gerhard Frey jun. (1969), Gerhard Konrad (Landesvorsitzender; 1946), Klaus Deckert (stellv.LV; 1935). Die NPD wurde in Thüringen nicht zugelassen.

Die rechtsextreme Sammelbewegung „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland“ kandidiert lediglich in Nordrhein-Westfalen mit einer 14 Personen umfassenden Landesliste; Spitzenkandidaten sind Horst Zaborowski („Bund für Gesamtdeutschland“) und Helmut Fleck. Auf Platz 10 wurde der ehemalige Funktionär des verbotenen „Freundeskreis >Freiheit für Deutschland<“ Helmut Fuchs (1932) platziert. In Niedersachsen ist die Parteiformation im Wahlkreis Braunschweig mit Dieter Loose als Direktbewerber vertreten.

In Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Sachsen ist die obskure „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ mit Landeslisten (insgesamt 75 Kandidaten) dabei; in Hamburg und Niedersachsen treten die La Rouché-Jünger in mehreren Wahlkreisen direkt an.

Der rechtslastige „Bund Freier Bürger“ tritt - mit Ausnahme Sachsen-Anhalts - in 15 Bundesländern mit insgesamt 257 Kandidatinnen und Kandidaten an, 86 bewerben sich direkt in den Wahlkreisen.

Zusammenstellung: Gabriele Nandlinger

Seitenblick

Persilscheine

Zugegeben, Juristenschelte hilft selten weiter. Dennoch sollte die Frage erlaubt sein, ob unser demokratischer Staat in der Auseinandersetzung mit den Feinden der Demokratie immer auf dem richtigen Weg ist? Jüngste Entscheidungen sind geeignet, zu verwirren. Daß sich drei rechtsextremistische Parteien - DVU, NPD, REP - auf dem Vormarsch glauben und die Demokraten hoffen können, sie werden allein angesichts persönlicher Rivalitäten und Führungsdünkel das einheitliche Auftreten und damit den als sicher abzusehenden Einzug in den Deutschen Bundestag umgehen können, hat sich herumgesprochen. Das sollte aber keinesfalls dazu führen, die Parteiführer Frey, Schlierer und Voigt und den Altmeister Franz Schönhuber als harmlos zu betrachten. Deshalb überrascht es, wenn die Justiz jetzt kurz vor den Wahlen der extremen Rechten Persilscheine ausstellt. Zum zweiten Mal, diesmal in Berlin nach Mainz, hat ein deutsches Verwaltungsgericht einer deutschen Sicherheitsbehörde verboten, die REP durch den Verfassungsschutz beobachten zu lassen. Quer durch die Republik, Bayern eingeschlossen, haben Sicherheitsbehörden dennoch ihre Überzeugung bekundet, daß sie die REP nach wie vor als rechtsextremistisch und damit der Beobachtung zugänglich betrachten. Wer das Auftreten der REP kontinuierlich verfolgt, wird diese Auffassung unterstützen. Makaber ist die Erinnerung daran, daß - bei einer kaum niedrigeren Gefahrenlage - über Jahre die nämlichen Sicherheitsbehörden in konservativ regierten Bundesländern mit Vehemenz das Ansinnen aus sozialdemokratisch regierten Ländern von sich gewiesen hatten, sie sollten die REP beobachten.

Erfreulich ist zwar die jüngst ergangene Entscheidung des Kölner Landgerichts zugunsten der Fernsehsender VOX und RTL, die nicht die fragwürdigen Wahlwerbespots der REP ausstrahlen müssen, in denen zwei deutschen Demokraten - Konrad Adenauer und Kurt Schumacher - unterstellt wird, sie würden angesichts ihrer Haltung beispielsweise zu Ausländern heute die REP wählen. Das Landgericht Mainz vertrat eine Woche zuvor allerdings eine gegenteilige Meinung, so daß SAT.1 den Spot ausstrahlen muß. Vor Jahren hatte in Berlin ein Werbespot der REP richterliche Gnade gefunden, in dem „Ausländerhetze mit der Musik „Spiel mir das Lied vom Tod“ unterlegt war.

Deutsche Jungwähler können jedenfalls einem REP-Wählerbrief (über dessen Grammatik- und Rechtschreibfehler wir hinwegsehen) entnehmen, welchem Demokratieverständnis höchsttrichterlich Absolution erteilt wird: „Arbeit für Deutsche“, „Abwehr von Überfremdung“, „Ausplünderung der Rentenkasse durch Masseneinwanderung“. Für unkritische junge Menschen mag es schwierig sein, zwischen berechtigten politischen Forderungen und unterschwelliger menschenrechtswidriger Agitation zu differenzieren. Wenn den REP Persilscheine ausgestellt werden, dann wird dabei offenbar übersehen mit welchen Parolen ein interner Machtkampf innerhalb der „Republikaner“ ausgefochten wird. Das Konzept des Noch-Vorsitzenden Schlierer, der Partei ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen - „Leisetreterei“ nennt es sein Stellvertreter Käs - weicht spürbar von der Tendenz in Teilen des Vorstandes und in einigen Landesverbänden ab, für die die neugewonnene Freundschaft ihres früheren Vorsitzenden Schönhuber zum einstigen Rivalen Frey Vorbild für eine neue Strategie der „Flexibilität im Umgang mit politischen Konkurrenten“ ist. Es hat den Anschein, als setze sich unsere Demokratie jeweils kurz vor und kurz nach einer Wahl (wenn die Ergebnisse vorliegen), mit den rechtsextremistischen Parteien auseinander. Zur Verteidigung unserer Demokratie ist das aber dauerhaft nötig.

Klaus-Henning Rosen

Wahlen II

■ **Schwerin** - Zu den zeitgleich mit den Bundestagswahlen am 27. September stattfindenden Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern treten alle drei rechtsextremistischen Wahlparteien an. Die DVU ist mit folgenden Kandidaten dabei (die ersten fünf jeweils in Reihenfolge): Sven Elske (1975), Joachim König (stellvertr.Landesvorsitzender; 1939), Karl-Heinz Kostrewa (LV-Mitglied; 1946), Sigmar-Peter Schuldt (1950), Birger Fust (Ex-Landesv.; 1971). Für die REP kandidieren: Bernd Bernhard (Landesvorsitzende.; 1951), Thomas Witt (LV-Mitglied; 1965), Thomas Kay (1969), Wilfried Lemcke (1936) und Andre Thoms (LV-Mitglied; 1977). Auf der NPD-Liste bewerben sich: Torsten Kowalski (1971), Hans-Günter Eisenecker (stellv.NPD-Bundesvorsitzender; 1950), der Ex-NPD-Landtagsabgeordnete (1968-1972) Peter Stöckicht (1930), Stefan Köster (1973) und Stefan Reichow (1977).

Ausland

Hahnenkämpfe

An der Spitze des „Front National“ ist ein offener Führungsstreit entbrannt.

Anlässlich der „Sommeruniversität“ des Front National, zu der sich alljährlich die Kader der rechtsextremen Partei zu Zwecken theoretischer Schulung versammeln, ist in der letzten Augustwoche die Rivalität zwischen den beiden führenden Männern der „nationalen Bewegung“ - wie sich der FN selbst bezeichnet - eskaliert. Pünktlich zum Auftakt der fünftägigen Veranstaltung am Montag erschien in der Boulevardzeitung „Le Parisien“ ein explosives Interview mit dem FN-Chefideologen Bruno Mégret, dessen offizieller Titel der eines „Generalbeauftragten“ der Partei (délégué général) ist. Daneben gibt es noch einen Generalsekretär, derzeit Bruno Gollnisch, entsprechend einer vom FN-Gründer und langjährigen Parteichef Jean-Marie Le Pen erfundenen Konstruktion, welche die Herausbildung einer Nummer Zwei durch Gegeneinanderausspielen der höchsten Funktionäre verhindern soll. Auf diesem Wege sollte dafür gesorgt werden, daß niemand in der straff autoritär geführten Führerpartei dem Chef gefährlich werden kann. Genau dies scheint nun doch passiert zu sein.

Blenden wir zurück: im Juli dieses Jahres hatte Jean-Marie Le Pen angekündigt, daß er für den Fall, er für die Europaparlamentswahl im Juni 1999 zu kandidieren verhindert sein sollte, die Aufstellung seiner Ehefrau als Listenführerin in Erwägung ziehe. Hintergrund ist, daß Le Pen in absehbarer Zeit - wahrscheinlich Ende des Monats - das Berufungsurteil in seinem Strafprozeß erfahren wird, der ihm wegen Gewalttätigkeiten gegen eine sozialistische Parlamentskandidatin aus dem Frühjahr 1997 gemacht wird. Damals hatte Le Pen, der - aufgrund eines Fehlers seines Chauffeurs - in der Pariser Vorstadt Mantes-la-Jolie in eine Gegendemonstration gegen seinen Auftritt geraten war, sich auf die Politikerin, mit 1,58 Metern zwei Köpfe kleiner als er, gestürzt und ihr Verletzungen beigebracht. Im Februar dieses Jahres wurde er dafür vom Strafgericht Versailles unter anderem zu zwei Jahren Entzug der Bürgerrechte, und damit Verlust des passiven Wahlrechts, verurteilt, während rund 10.000 Anhänger gegen den Prozeß demonstrierten. Sollte das Strafmaß in der Berufungsinstanz bestätigt werden, so kann Le Pen nicht die Liste zu

den Europawahlen anführen. Bruno Mégret hatte in der Partei bereits seine Ambitionen angekündigt, selbst 1999 die Liste zu führen. Das mußte verhindert werden, denn, so donnerte Le Pen im Juli im „Figaro“: „Es wäre wirklich der Gipfel, wenn bestimmte Leute von den mir zugefügten Schlägen profitieren wollten, um sich in der Partei zu befördern!“ Am selben Ort machte er die Idee öffentlich, seine Gattin an seiner statt zur Listenführerin zu ernennen. Womit er nur wiederholen würde, was Mégret selbst im südfranzösischen Vitrolles praktiziert hatte - dort schob er, zu einem Jahr Unwählbarkeit verurteilt, Anfang 1997 seine Frau Catherine als Strohfrau vor, die prompt zur Bürgermeisterin gewählt wurde. Denn um jeden Preis mußte verhindert werden, daß ein anderer Parteifunktionär an Mégrets statt das Rathaus erobert. Pech nur, daß Jany Le Pen, die genauso unbedarft in Sachen Politik ist wie Catherine Mégret, dies in einem Interview mit der Zeitung „France Soir“ offen aussprach und erklärte, sie sei von den Plänen zu ihrer Kandidatur nicht eingeweiht.

Ende August nun gab Bruno Mégret, via „Le Parisien“, eine regelrechte Kriegserklärung ab. Die Kandidatur von Jany Le Pen, „so sehr ich sie schätze“, sei „nun wirklich keine gute Idee“, und „wenn der Chef verhindert ist, dann ist es die Nummer Zwei, die ihn vertritt“. Notfalls werde er eine Abstimmung in den Führungsgremien der Partei, Zentralkomitee und Politischem Büro, fordern. Auf der Sommeruniversität in Toulon ging der Streit munter vor und hinter den Kulissen weiter. Le Pen widmete ihm gar den größten Teil seiner Abschlußrede am Freitag, wobei er erklärte: „Es gibt nur eine Nummer im Front National, und das ist die Nummer Eins. Also kündige ich an, daß ich Spitzenkandidat zum Europaparlament sein werde. Wenn das Komplott, das in Mantes-la-Jolie gegen mich geführt wurde (sic!) zu meiner Unwählbarkeit führen sollte, dann bin ich es, der die Liste der 87 Kandidaten aufstellen wird.“ Sage noch einer, der FN sei keine demokratische Partei.

Die rechtsextreme Politoperette hat den Hintergrund, daß Le Pen und Mégret für zwei verschiedene Politikkonzepte stehen. So ist Mégret Befürworter von Bündnissen mit Teilen der konservativen Rechten á la Berlusconi/Fini, aber aus einer Position der Stärke heraus, während Le Pen in Toulon abermals gegen den Italiener Fini als Verräter an seinen Ideen wetterte. Mégret bekleidet deswegen keine gemäßigeren Positionen: er ist ein knallharter Ideologe, dessen Positionen oft sogar der eigenen Partei zu radikal sind. Bernhard Schmid

Demokratische Initiativen**Tatort Baustelle**

Ein von der Europäischen Kommission finanziertes Projekt will der feindlichen, häufig gewalttätigen Stimmung gegen Arbeitsmigranten entgegenwirken.

Zwei Jugendliche überfallen auf einem Feuerwehrfest den italienischen Bauarbeiter Vaccher L. Sie attackieren den 29jährigen, bis er zu Boden fällt und treten ihm mit ihren Stahlkappenschuhen mehrmals gegen den Kopf. Nach Angaben der Ärzte ist nicht sicher, ob Vaccher L. jemals wieder sprechen können wird.

Bereits zum dritten Mal richtete sich mit dem Angriff massive rechtsextreme Gewalt in Brandenburg gegen ausländische Bauarbeiter. Im Juni 1996 machten Jugendliche in Trebbin Jagd auf drei Italiener. Einer von ihnen sitzt bis heute im Rollstuhl. Im September 1996 jagten Rechte ein Auto britischer Bauarbeiter so lange, bis es gegen einen Baum prallte. Seitdem ist Noel Martin querschnittsgelähmt. Daß sich gerade an Bauarbeitern der Haß rechter Jugendlicher entzündet, ist kein Zufall: Der Baubereich ist vermutlich die einzige Branche, in der tatsächlich ein Verdrängungswettbewerb von ausländischen gegen deutsche Arbeitnehmer stattfindet. Experten schätzen, daß auf Berliner und Brandenburger Baustellen jeweils zu einem Drittel deutsche Bauarbeiter, Arbeitsmigranten aus der EU sowie illegal Beschäftigte arbeiten. Demgegenüber stehen 47.000 arbeitslos gemeldete Bauarbeiter in der Region.

Um der feindlichen Stimmung gegen Arbeitsmigranten entgegenzuwirken, hat die Europäische Kommission das Projekt „EU-Freizügigkeit und Aggressivität gegenüber Arbeitsmigranten am Beispiel ausländischer Bauarbeiter“ finanziert. Die Ergebnisse des Projekts, für das vor allem die Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) in Potsdam verantwortlich zeichneten, liegen jetzt als Studie vor.

Ein wesentlicher Programmpunkt war der Besuch britischer Bauarbeiter in Brandenburg. Acht Tage lang reisten vier Gewerkschafter aus Keighly, einer zerstörten Industrieregion in Nordengland durch Brandenburg, referierten vor und diskutierten mit Auszubildenden wie Funktionären. Immer und immer wieder erklärten sie vor allem die Lage derer,

die in Deutschland Arbeit suchen: gerade in Nordengland wurden jahrzehntelang die traditionellen Erwerbszweige Bergbau und Stahl vernichtet; auch im Baubereich boomt die Arbeitslosigkeit. Sichere Arbeitsplätze gibt es kaum noch; 80 Prozent der Bauarbeiter arbeiten als Selbständige. Hungerlöhne und eine 45-Stunden-Woche sind an der Tagesordnung. „Wir versuchen, den jungen Leuten klar zu machen“, sagt Denis Doody, „daß das Problem nicht die Arbeiter aus anderen Ländern sind, sondern die politische Situation in Deutschland, England und anderen europäischen Ländern.“

Zu vermitteln, daß Lohndumping in erster Linie von Arbeitgebern und nicht von Arbeitnehmern betrieben wird, erwies sich allerdings erwartungsgemäß als schwierig. Eine Serie von Interviews in Königs Wusterhausen im Rahmen des EU-Projekts zeigte auf, daß Überzeugungen, daß Ausländer Einheimischen Arbeitsplätze wegnähmen, eine „relativ große Rolle spielten.“ Auch fanden die Interviewer „einige Hinweise darauf, daß Gewalt mindestens dort nicht völlig abgelehnt wird, wo sich Personen in Bauberufen unter starkem Konkurrenzdruck durch ausländische Bauarbeiter wännen“.

Als effektiver beim Abbau von Fremdheit erwies sich ein Besuch deutscher Auszubildender im englischen Bradford. Die Reise in eine Stadt mit einem Drittel asiatischer Bevölkerung war für alle eine völlig neue Erfahrung. Begleitet wurde die Gruppe im November 1997 von einer Englischlehrerin, einem Malermeister sowie einer Videoexpertin. Das pädagogische Ziel des Austauschs wurde erreicht: Nach ihrer Rückkehr wollten die Jugendlichen auch in Brandenburg arbeitende Ausländer kennenlernen.

Für das Projekt wurden Unterrichtsbausteine erarbeitet, die Schüler für die Folgen der EU-Freizügigkeit und die Ursachen der sozialen Spannungen sensibilisieren sollen. Unter den in der Studie abgedruckten Materialien findet sich ein Planspiel, in dem ein Gemeinderat über ein kommunales Sanierungsvorhaben entscheiden und Leute einstellen muß. So sollen Grundkenntnisse des Verdrängungswettbewerbs vermittelt werden. Außerdem wurde ein Seminartag über die Lage auf den Baustellen konzipiert. Die Erfahrungen des Austauschs sind auf einer VHS-Kassette unter dem Titel „Tatort Baustelle“ dokumentiert. Jeanette Goddar

„Interkulturelle Beiträge 28 - Lohndumping für Arbeitslosigkeit auf dem Bau“, Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule Brandenburg, Telefon 0331/747800, Fax. -/748220, E-Mail: raa-brb@jpberlin.de

Grauzone

Sodom und Gomorra

Die „Partei Bibeltreuer Christen“, die zu den Wahlen in sämtlichen Bundesländern antritt, zieht gegen die „Innenweltvergiftung“ Deutschlands zu Felde.

Um den Einzug in den Deutschen Bundestag beim Urnengang im September buhlen auch dieses Mal wieder einige Rechtsparteien, denen der Triumph wohl verwehrt bleibt, die aber trotzdem Aufmerksamkeit verdienen - beispielsweise wegen ihrer Position zur Homosexualität.

Betont harmlos kommt etwa die „Partei Bibeltreuer Christen“ (PBC) daher, die unter den kleinen deutschen Parteien allerdings eine herausragende Rolle spielt. Mit fast 4.000 Mitgliedern stellt sie deutlich mehr Mitstreiter auf die Beine als der „Bund Freier Bürger“ oder die „Statt-Partei“.

Diese „Partei Bibeltreuer Christen“ fungiert als Scharfmacherin, wenn es um das Ins-Abseits-Stellen von Homosexualität geht. So beschreibt Generalsekretär Norbert Höhl den Hintergrund des PBC-Auftritts in der politischen Landschaft: „Wir sind zwar in der Politik, kämpfen aber nicht mit den weltlichen Waffen dieser Politik. Die Waffen, die wir in unserem politischen Kampf einsetzen, sind nicht politisch im herkömmlichen Sinn. Aber sie haben durch Gott die Macht, die Lügenbastionen des Feindes zu schleifen. Mit ihnen reißen wir die Babeltürme nieder des Materialismus, der Pornographie, des Antisemitismus, der Gottes- und Menschenverachtung, der wissenschaftlichen Verirrungen und der Lügen des Zeitgeistes, die nur das eine Ziel haben: die Herzen der Menschen zu vergiften und sie von der Erkenntnis des wahren, ewigen und einzigen Gottes abzubringen.“

Die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) lastet der PBC „eine(r) Form religiösen Größenwahns“ an - ein Wahn, der etwa für Homosexuelle ungemütlich werden kann.

So sammelte die PBC bundesweit Unterschriften gegen die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Herta und Paul Amirian, die sich unter dem Dach der Evangelischen Kirche gegen die Diskriminierung von Lesben und Schwulen stark machen. Dadurch sei „der Unmoral in unserem Volk Vorschub“ geleistet und „dem Zerfall der mo-

ralischen Werte ein neuer Auftrieb gegeben“ worden. Und die Einrichtung eines Schwulen- und Lesbenreferates im nordrhein-westfälischen Sozialministerium war der Partei einen Offenen Brief an Ministerpräsident Johannes Rau wert. Homosexualität, heißt es darin, sei eine „Greuelsünde“. Die Teilnehmer von Schwulen- und Lesbenparaden wollten „in ihrem Geist der Rebellion Gottes Ordnungen pervertieren und umkehren“; Rau habe sich zum „Steigbügelhalter“ für „Gottesfeinde und Christushasser“ gemacht.

Wie ernst die „Partei Bibeltreuer Christen“ die Lage sieht, macht ihr Chef Gerhard Heinzmann - laut Partei von Gott höchstpersönlich installiert - in einem Beitrag für das Parteiorgan „Licht und Salz“ deutlich: „Der heute von politischen Parteien zugelassene Massenmord im Mutterleib, die angestrebte Auflösung von Ehe und Familie die öffentliche Propagierung von Pornographie und Homosexualität (...) bringen uns Verhältnisse wie einst in Sodom und Gomorra“. Die PBC wolle „dem <Patienten> Deutschland Heilung anbieten.“ Alle bekennenden Christen haben nach Ansicht von Heinzmann die Pflicht, „die Innenweltvergiftung der Menschen unseres Landes zu thematisieren“.

Als Maßnahmen gegen diese „Innenweltvergiftung“ verlangt die PBC unter anderem, die Ehescheidung müsse erschwert und für unverheiratete junge Frauen ein Soziales Jahr eingeführt werden. Astrologie, Wahrsagerei und Horoskope sollten in allen Medien verboten werden - ebenso wie jugendgefährdende Filme, Videos und Computerspiele sowie pornographische Darstellungen. Homosexualität mit Jugendlichen müsse wieder bestraft, Prostitution verschärft überwacht und Schulgebete eingeführt werden.

Ähnlich scharfe Töne schlagen auch andere Rechtsparteien in Sachen „Homosexualität“ an. Doch eine der Parteien des erzkonservativ-fundamentalistischen Lagers ist immerhin für eine positive Überraschung gut: die „Deutsche Zentrums-Partei“. Für deren stellvertretenden Bundesvorsitzenden Arno Felser stellen „gleichgeschlechtliche Partnerschaften ... eine freie Persönlichkeitsentfaltung der Bürger“ dar. In bestimmten Bereichen wie dem Erb- und dem Mietrecht sollten Lebensgemeinschaften von Schwulen und Lesben klassischen Ehen gleichgestellt werden. Ungewohnte Töne für eine Partei des katholischen Lagers - Äußerungen, für die die „Partei Bibeltreuer Christen“ vermutlich nur mit dem ewigen Fegefeuer dienen könnte.

Thomas Klaus

Hintergrund**Die Adaption des Nazideutschs**

Anstelle des antijüdischen Terrors im Dritten Reichs sind es heute die Ausländer, die von Rechtsextremisten beschimpft und bedroht werden.

Die Sprache der heutigen Neonazis ist ein aufschlußreiches Studienobjekt. Und wenn man als Studiengefährten „LTI“ hat, Victor Klemperers bereits 1947 erschienene Analyse des Nazideutschs, kann es manchmal geradezu spannend werden. Die Neonazis haben nicht nur die Ideologie der NSDAP adaptiert, sondern auch die Lingua Terti Imperii, wie der Dresdner jüdische Altphilologe die Sprache des 3. Reiches nennt, wiederentdeckt. Es sind freilich zwei verschiedene Dinge, wenn Klemperer 1946 in Diskussionen auffällt „wie die jungen Leute in alle Unschuld an den Gedankengängen der Nazis festhalten“, wie sie unbewußt weiter den alten Sprachgebrauch pflegen, und wenn fünfzig Jahre später Elemente der längst untergegangenen LTI auf dem Scheiterhaufen der Geschichte zusammengeklaut werden. Die Rolle der „alten Garde“, in Berlin nach einer Senatsstudie noch elf Prozent der Szene, ist dabei nur die des Stichwortgebers.

Im Brandenburgischen feierte ein jüngerer Neonaziführer kürzlich im Beisein eines Fernsehteams sich selbst und seine Zuhörer mit den Worten: „Wir sind der nationale Widerstand, der gesunde Teil der deutschen Jugend“. Es bedarf keines Quellenstudiums, um hier das Vokabular Baldur von Schirachs wiederzuerkennen. Interessanter war sein Aufruf zum Kampf „gegen die kaputte, liberalistische Systemherrschaft in Bonn“. Wer kann heute noch etwas mit dem Begriff Systemherrschaft anfangen? Man muß bei Klemperer nachschlagen. In der Nazisprache war das ein Synonym für die Weimarer Republik. Sie brachten ihren Haß gegen Parlamentarismus, Parteienvielfalt und Demokratie in dem stets verächtlich benutzten Wort „Systemzeit“ zum Ausdruck. „System“ stand nach seinen Aufzeichnungen in der Skala des Abscheus der Nazis gleichrangig neben „Intelligenz“ und „Objektivität“.

So wie die Negativvokabeln haben die jungen Neonazis auch die meisten Lieblingswörter von ihren

Vorgängern übernommen, zum Beispiel national, völkisch (Klemperer schrieb damals: Sie verwenden das Wort Volk wie Salz beim Essen, an alles geben sie eine Prise Volk), Deutschtum, sauber. Und vor allem „Heil“ von Hitler bis Sieg. Sie tragen T-Shirts mit dem Aufdruck „8-8“. Man muß schon eine gewisse Nazischläue besitzen, um darauf zu kommen, daß das „Heil Hitler“ heißt, weil H der achte Buchstabe im Alphabet ist. In Oranienburg trieben es junge Neonazis bei ihren Attacken gegen die KZ-Gedenkstätte so weit, daß sie Besucher zum Hitlergruß zwangen. Ein sehr junger Mann sagte zur Begründung solcher Aktionen ins Mikrofon: „Hitler wollte nicht leben wie heute, unter ihm wäre alles anders geworden.“ Da ist so gar etwas dran, wenn auch nicht das, was er glaubt.

■ **Als Jude auf dem Ku'damm beschimpft** ■

Den meisten aktiven Rechtsextremen ist bezeichnenderweise der demagogische Schliff eines Goebbels, dem Klemperer ein eigenes LTI-Kapitel widmet, zur Nachahmung zu kompliziert. Sie lehnen sich in ihrem Jargon lieber an die Mischung von fanatischer Platttheit und zorniger Brutalität an, die Klemperer an Hitler-Reden nachweist, in denen der „Führer“ gegen die „sogenannte Bildung von früher“ wettet. Ihr Element ist das primitive Schimpfen und Drohen. Aus einer einzigen Gesprächsrunde kann folgendermaßen zitiert werden: „Scheißitaliener“, „Die Fresse einschlagen“, „Türkenschwein“, „Gegen Ausländer hat man immer einen Grund zuzuschlagen“, „Wenn einer umkommt, dann hat er es verdient“, „Die sollen zurück zu den Bananen und Affen, von wo sie kommen“. Etwas eleganter heißt es in einem DVU-Wahlaufkleber gegen „Schweinereien von oben“. „Lass' dich nicht zur Sau machen! Immer mehr Diätenfresser, EG-Bonzen, ausländische Banditen.“

Neben den Parallelen sind auch die Unterschiede zu LTI aussagefähig. Der Anteil der antisemitischen Parolen an der heutigen Nazipropaganda ist geringer als im 3. Reich. Das ist aber nicht etwa auf einen Hauch von schlechtem Gewissen angesichts des Holocausts zurückzuführen. „Weg mit dieser Judenrepublik“ ist nach wie vor ein gebräuchlicher Sprechchor bei den Aufmärschen. Eher handelt es sich um Vorsicht nach der Erfahrung, daß Behörden und Justiz bei Antisemitismus weniger nachsichtig sind. Einem beharrlich fragenden Fernsehreporter antwortete ein junger Kahlkopf: „Na ja,

zum Teil halte ich das für richtig, was mit den Juden gemacht worden ist, Aber weiter will ich mich nicht äußern. Das bringt ja nichts.“ Klemperer bezeichnete den Antisemitismus noch als das Zentrum, als das in jeder Hinsicht entscheidende Moment des Nazismus. Antisemitismus sei für die Deutschen mit der Rassendoktrin der Nazis praktisch identisch. „Denn was weiß die deutsche Masse von den Gefahren der ‘Vernichtung’, und wie weit reicht ihre persönliche Kenntnis von der behaupteten Minderwertigkeit der Ost- und Südostvölker? Aber einen Juden kennt jeder.“

Genau das ist ein springender Punkt. Der Antisemitismus ist geblieben, aber wer kennt heute schon einen Juden? Sie sind doch aus dem Bild Deutschlands so gut wie verschwunden, während man Türken und „Nigger“ an jeder Straßenecke trifft. Als im August ein - an manchen Äußerlichkeiten unschwer erkennbarer - orthodoxer Jude Berlin besuchte und über den Ku'damm ging, hörte er prompt die von Schlägen begleiteten alten Haßgesänge wie „Jude, Jude“ oder „dich hat Adolf wohl vergessen“. Augenzeugen berichteten, die Polizei sei gerufen worden, habe aber nichts unternommen.

■ Statt „Juden raus“ heißt es heute „Ausländer raus“ ■

Einer der Neonazis entblödete sich nicht, einen „Witz“ zum Besten zu geben: „Was ist der Unterschied zwischen einem Juden und einem Türken? Der Türke hat das vor sich, was die Juden hinter sich haben.“ Heute ist es die Ausländerfeindlichkeit allgemein, die - wie Klemperer in Bezug auf die nazistische Rassenlehre konstatierte - „alle Ausschweifungen und Ansprüche der nationalistischen Überheblichkeit, jede Eroberung, jede Tyrannei, jede Grausamkeit und jeden Massenmord“ rechtfertigen soll. Aus „Juden raus“ ist „Ausländer raus“, aus antijüdischem Terror die tätowierte Forderung nach „White Power“ geworden.

Geblichen ist die Absolutheit der Nazisprache. Klemperer registrierte, daß die Nazis keine Fragen stellten. Das Fragezeichen, für Demokraten das wichtigste Satzzeichen, existiert für sie nicht. Geblichen ist die Humorlosigkeit aus Angst vor Lächerlichkeit, verbunden mit der Hitlerschen Drohung, seinen Gegnern werde das Lachen schon noch vergehen. Geblichen ist die nicht nur ihrer Sprache immanente Drohung, wenn es so weit sei, dann werde man noch ganz anders reden.

Ralf Bachmann

Bücherschau

Demokratiefeinde

Der rechtsextremistische „Front National“ (FN) ist ein fester Bestandteil der französischen Parteienlandschaft geworden und kann regelmäßig bei Wahlen um die 15 Prozent der Stimmen auf sich ziehen. Einen Überblick über diese Partei will der französische Politologe Jean-Yves Camus, Autor mehrerer französischer Werke über die extremistische Rechte, in dem Buch „Front national - Eine Gefahr für die französische Demokratie?“ liefern. Zunächst widmet sich Camus organisatorischen Aspekten bezogen auf die Führungsgremien, Jugendorganisation, Parteifinancen, Parteipresse und Satellitenorganisationen sowie einer soziologischen Wähleranalyse. Die ideologischen Strömungen innerhalb des FN stehen dem folgend im Mittelpunkt des Interesses, wobei sich zeigt, daß hier eine strukturelle Kooperation unterschiedlicher Ausrichtungen wie dem katholischen Integrismus, dem Monarchismus, dem Solidarismus, dem Pétainismus gelungen ist und selbst Verbindungen bis in die jugendliche Subkultur der Skinheads hinein bestehen. Der abschließende Teil ist dann den internationalen Beziehungen, bezogen auf Bündnispartner in anderen Ländern und die Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Kräften im Europaparlament, gewidmet.

Das Urteil über die Studie von Camus fällt ambivalent aus: Einerseits beeindruckt das Werk durch eine Fülle von Details und Informationen zum FN, die in dieser Form im deutschen Sprachraum nur schwer zu erlangen sind. Dabei erweist sich Camus als guter Kenner der Materie. Andererseits aber droht die Arbeit in ihrer Datenfülle zu ertrinken, zumal sie nicht immer mit der nötigen Systematik erfolgt. Hinzu kommt, daß sich die Darstellung meist auf eine reine Beschreibung beschränkt. Zwar wird die Auffassung betont, daß es sich beim FN um eine antidemokratische Partei handelt und es werden auch immer wieder Belege dafür präsentiert, aber an einer systematischen Auseinandersetzung damit mangelt es. Gleiches gilt für die Frage nach einer Einschätzung des vom FN ausgehenden Gefahrenpotentials - sie bleibt leider unbeantwortet. Trotz dieser kritischen Anmerkungen verdient die Studie aber angesichts ihres Materialreichtums Interesse.

Armin Pfahl-Traugher

Jean-Yves Camus, Front national - Eine Gefahr für die französische Demokratie?, Bonn 1998 (Bouvier), 217 S., 39,80 DM.

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF), 13. Jg., Nr. 31-36/98: Daß DVU und zunehmend NPD die soziale Frage besetzten sowie die NPD einen nationalen Sozialismus propagiert, wird in Zusammenhang mit der Weimarer Republik gestellt: Auch der NSDAP seien dadurch die Massen zugelaufen. Entscheidend sei heute, ob aus solchen Stimmungen ein „intellektuelles konservatives Klima“ entstehen könne, aus dem „neue staatssozialistische Politikansätze hervorgehen“ (31-32/98). Schuld an Kinderpornographie und -mißbrauch haben nach Leseart des JF-Autor Mathias von Gersdorff natürlich die 68er mit ihrem Dogma der sexuellen Freizügigkeit (31-32/98). Indirekt als Bollwerk gegen den drohenden Einzug der DVU in den Bundestag begreift JF-Chefredakteur Dieter Stein einen Wahlsieg der konkurrierenden REP bei der zwei Wochen zuvor stattfindenden Landtagswahl in Bayern. Damit sei der Nimbus der DVU als „Siegerpartei“ verpufft. Nichtsdestotrotz sei für den rechten Wähler - auch bei anderweitiger parteipolitischer Präferenz - ein DVU-Einzug in den Bundestag begrüßenswert (33/98). Aus Anlaß der - verunglückten - Formulierung des tschechischen Ministerpräsidenten Zeman bezüglich der Sudetendeutschen rechnet die JF mit der „deutsch-tschechischen >Verhöhnungserklärung<“ ab, die die Kinkel-Diplomatie mittels „Geheimverhandlungen gegen das eigene Volk“ auf Drängen der USA hin ausgehandelt habe. Polen solle nach Ansicht der JF lieber gleich die deutschen Ostprovinzen zurückgeben, damit sich gutnachbarschaftliche Beziehungen entwickeln könnten (33/98). Den in Mode gekommenen Begriff einer „Generation Berlin“ besetzt Karlheinz Weißmann positiv mit dem durch Umfragen ermittelten Rechtstrend beim Führungsnachwuchs der Bundeswehr (33/98). Über „Shoa-Business“ und deutschen „Nationalmasochismus“ mokiert sich der Leitartikel der nächsten Ausgabe (34/98). Für Dieter Stein gibt es offensichtlich ohnehin schon zu viele Denk- und Mahnmäler. Deutschland solle lieber auf seine Kultur- und Geschichtsleistungen verweisen. Folgerichtig auf Ablehnung stößt die Forderung nach einem Holocaust-Museum (34/98). Karlheinz Weißmann beklagt in seinem Essay die allorts zu findende „Verharmlosung des linken Totalitarismus“, der die verordnete „Umwertung aller Werte“ nach Auschwitz zugrunde liege (34/98).

Für den professoralen „Linksextremismusexperten“ Hans-Helmuth Knütter ist die Gegenwart durch bleierne Unbeweglichkeit geprägt. Der Wahlkampf präge diese Mentalität und erinnert Knütter offensichtlich an 1939/40: „ein seltsamer Schwebezustand, weder Krieg noch Friede“. „Aber warte nur, bald ...Stille vor dem Sturm“, heißt es für Knütter (35/98). BdV-Vize und BFB-Bundestagskandidat Paul Latussek äußert Unverständnis über Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, die dem „polnischen Unrechtsbewußtsein das Wort“ rede und die Vertriebenen demütigen wolle. Der Historiker Walter Post erläutert im JF-Interview seine These, wonach die USA 1941 den Krieg mit Japan, als Umweg zum Krieg gegen Deutschland, provoziert hätten, und bekräftigt seine These vom Präventivschlag Hitlers gegenüber Stalin (35/98). In die Bredouille bringt nach einem JF-Bericht Franz Schönhuber den BFB-Chef Manfred Brunner. Schönhubers Aufruf an seine und die Anhänger der DVU, bei der bayerischen Landtagswahl statt REP den BFB zu wählen, entspreche offensichtlich der Wahlkampfstrategie von Gerhard Frey. JF-Chefredakteur Dieter Stein durfte in Lettland bei der Einweihung der von dem Rechtsextremisten Joachim Siegerist maßgeblich initiierten „Versöhnungs-Kapelle“ für die gefallenen Soldaten - als „>moralisches Gegenstück zu der miesen Anti-Wehrmachtsausstellung<“ dabei sein (35/98). Alt-SDSler Werner Olles begrüßt die Zusammenarbeit des „Neuen Deutschlands“ mit Vertretern der extremen Rechten (36/98). Laut Karlheinz Weißmann, im Interview über sein neues Werk „Der nationale Sozialismus“ befragt, müsse das neue rechte Denken umstürzlerische Elemente als auch Ideen der Konservativen Revolution beinhalten (36/98). In Berichten über öffentliche Auftritte des REP-Vorsitzenden Schlierer und des DVU-Duos Schönhuber/Frey lanciert die JF überdeutlich, wie ersterer und seine Partei über politische Kompetenz verfügten und die letztgenannten eben nicht.(gn)

Veranstaltungshinweis

Bonn. Im Rahmen der gezeigten Ausstellung (29.9.-1.11.) „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44“ findet am 8. Oktober in der Bonner Beethovenhalle von 18.00 bis 21.00 Uhr eine Podiumsdiskussion statt. Teilnehmer sind: Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden, Oberst Bernhard Gertz, Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbands, Jan Philipp Reemtsma, der Militärhistoriker Wolfram Wette; moderieren wird Hanno Loewy vom Fritz-Bauer-Institut.

Meldungen

Inland

■ **Berlin** - Die Seltsamkeiten in der Debatte um die Frage „Wie national muß die Linke sein?“ bei der Tageszeitung „Neues Deutschland“ (der „Blick nach rechts“ berichtete) gehen weiter. Nachdem zunächst mit Roland Wehl ein langgedienter Nationalrevolutionär und Mitarbeiter der „Jungen Freiheit“ ausgiebig zu Wort gekommen war, durfte sich dann am 14. August unter der Überschrift „Amerikanisierung brutal“ Prof. Michael Nier (Chemnitz) über „die Folge einer jahrzehntelangen volksfeindlichen Politik des transnationalen Kapitals und der ihr dienenden Bundesregierung“ äußern. Nier schreibt seit einigen Jahren für rechtsextremistische Publikationen wie „Nation + Europa“ und „Staatsbriefe“ und gehört der AG Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der NPD an.

■ **Bonn** - Das Bundesinnenministerium ist dabei, eine Internetseite zum Thema „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ zu konzipieren. Des weiteren wird die Internet-Homepage des Bundesamts für Verfassungsschutz künftig auch Links zu anderen öffentlichen Informationsanbietern, etwa der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften sowie Landeskriminalämtern usw. enthalten. Dies teilte die Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage des SPD-Bundestagsabgeordneten Siegfried Vergin mit.

■ **Bräunlingen-Döggingen** - Die neonazistische „Kameradschaft Schwarzwald Baar“ hat am 28. August ein Konzert („Der Eintritt fließt voll in die Kameradschaftsarbeit“) mit dem braunen Barden Frank Rennicke (34) abgehalten. Ort der Veranstaltung in Bräunlingen-Döggingen (Schwarzwald-Baar-Kreis) war die Kneipe „Wurzelstube“. Als Organisator trat der Neonazi Mike Hammer (25) auf. Bereits im vergangenen Jahr führte Hammer ein Skinkonzert in Bräunlingen-Döggingen durch. Den Bands „Foierstoß“ aus Gernsbach (Kreis Rastatt) und „Wolfsrudel“ aus der baden-württembergischen Kreisstadt Schwäbisch Hall lauschten damals rund 150 Zuhörer. Hammer, Kopf der „Kameradschaft Schwarzwald Baar“, war vor dem Verbot Aktivist der „Heimattreuen Vereinigung Deutschlands“.

■ **Chemnitz** - Die „Deutsch Soziale Union“ (DSU) hat eine engere Zusammenarbeit mit den „Republikanern“ abgelehnt. Dies berichtet die in Chem-

nitz erscheinende „Freie Presse“. Die DSU sieht danach keinen Ansatzpunkt für eine Kooperation mit den REP bei den nächsten Wahlen in Sachsen. Zu entsprechenden Ankündigungen des REP-Bundvorsitzenden Rolf Schlierer führte der DSU-Vorsitzende Roberto Rink gegenüber der „Freien Presse“ aus, daß es über eine Kooperation keine Gespräche gegeben habe. „Die haben sich weit vorgewagt. Ich weiß auch gar nicht, wie sich das gestalten sollte“. Rink betonte, die DSU-Führung habe beschlossen, bei den Kommunal- und Landtagswahlen allein anzutreten; Schwerpunkt sollten Sachsen und Thüringen sein, wo die Partei zumindest auf lokaler Ebene verankert ist. Er räumte allerdings ein, daß - unter anderem in Dresden - Kontakte zwischen DSU-Politikern und REP-Funktionären existierten. Dies dürfe man aber „auch nicht zu streng sehen“, fügte Rink hinzu.

■ **Cottbus** - Die „Nationale Initiative >Freiheit für Gottfried Küssel<“, ein loser Zusammenschluß einst führender Neonazis, fordert die Freilassung des Inhaftierten. In Flugblättern wird an die Gesinnungskameraden appelliert, „stets aufs Neue“ auf Küssels „einmaliges Verfolgungsschicksal“ aufmerksam zu machen und das nicht nur im Kameradenkreis, sondern auch gegenüber der Öffentlichkeit“. Küssel, der gescheiterte Möchtegern-Nachfolger des 1991 verstorbenen Medienshowstars Michael Kühnen, wurde im Dezember 1993 zu elf Jahren Haft wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung“ verurteilt. Sprecher der „Nationalen Initiative >Freiheit für Gottfried Küssel< ist der einstige Kühnen-Adlatus Thomas Brehl, den die Staatsschutzkammer des Frankfurter Landgerichts im April 1992 wegen Rädelsführerschaft in einer verbotenen neonazistischen Vereinigung („Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ zu einem Jahr Haft mit Bewährung verurteilte. Ge-gründet wurde die „Nationale Initiative“ (Devise: „Nicht nur von Kameradschaft reden, sondern sie auch praktizieren!“) am 9. Oktober 1993 im hessischen Langen. „Ziel der Initiative“ war dabei, „weite Kreise der Bevölkerung auf das Schicksal des Kameraden Küssel, sowie das skandalöse Terrorurteil gegen ihn aufmerksam zu machen; das opportunistische Schweigen der Medien muß gebrochen werden!“ In dem Gründungspapier wurde festgehalten, daß das „Eintreten“ für Küssel „jedem nationalen Kämpfer eine Herzensangelegenheit sein“ müsse; „Gruppenegoismen müssen angesichts der heute herrschenden Verfolgungen gegen jeden Nationalisten endlich zurückgestellt werden!“

■ **Duisburg** - Im Internet klopft seit Monaten ein „Ingo Sperr“ revanchistische und rechtsextreme Sprüche. „Speer“ heißt in Wirklichkeit Helmut Fuchs (Duisburg) und war einst einer der führenden Köpfe des 1993 vom damaligen NRW-Innenminister Schnoor verbotenen „Freundeskreises >Freiheit für Deutschland<“ (FFD). Wegen seiner Aktivitäten wurde Fuchs 1994 zu zwei Jahren auf Bewährung und einer Geldstrafe in Höhe von DM 6.000 verurteilt. Parteipolitisch ist Fuchs heute bei den rechtsextremen Sektierern „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland“, die eng mit dem „Bund für Gesamtdeutschland“ verbandelt sind, aktiv.

■ **Frankenthal** - Der langjährige Multifunktionär der „Republikaner“ in Rheinland-Pfalz, Kurt Franger, ist im Alter von 47 Jahren gestorben. In der aktuellen Ausgabe der Parteizeitung „Der Republikaner“ vom August findet sich eine Todesanzeige seiner Parteifreunde. Franger war Kreisvorsitzender, Stadtrat und Mitglied des rheinland-pfälzischen Landesvorstands - über mehrere Jahre fungierte er als stellvertretender Landesschriftführer. Zuletzt wurde Franger für die Landesliste Rheinland-Pfalz zur Bundestagswahl auf Platz 5 nominiert.

■ **Lübeck** - Gab es in der Vergangenheit schon immer Unterstützung der „Jungen Nationaldemokraten“ für „Republikaner“ in Lübeck, so ist dies auch bei dem jetzigen Wahlkampf zu beobachten. Dabei beschränkt man sich nicht nur auf die Hansestadt. So wurden JN-Aktivistinnen um Jürgen Gerg bei REP-Ständen in Eutin und Bad Oldesloe als Schutztruppe gesichtet.

■ **Mainz** - In der aktuellen Ausgabe der neonazistischen HNG-Nachrichten finden sich auch Familienmeldungen: Das HNG-Vorstandsmitglied Silvia Endres hat am 25. Juli den vorbestraften Skinhead Maik Fischer geheiratet. Fischer erstellt zusammen mit Jens Zugehör das Skinzine „Der weiße Wolf“, das während der Haftzeit der beiden Rechtsextremisten über die Postfachanschrift der JVA Brandenburg bestellt werden konnte. Außerdem rief Fischer zur „Gründung von Knastkameradschaften“ auf.

■ **Neustrelitz** - Der Neonazi-Funktionär Ronny Klein ist bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen. Klein war einer der aktivsten Kameraden des sogenannten „Nationalen Widerstandes“ in Mecklenburg-Vorpommern. Unter seiner Führung entstanden die „Kameradschaft Neuteutonia Neustrelitz“ und der „Unabhängige Freundeskreis“.

■ **Pinneberg** - Zur Bundestagswahl kandidiert für die „Freisoziale Union“ (FSU) die 42jährige Sabine Eva Praß. 1992 stand Praß noch auf der Kandidatenliste der „Deutschen Volksunion“ zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Zur Geldfrage - einem Lieblingsthema der FSU - äußerte sich damals wie folgt: „Das Geld wird an der falschen Stelle zum Fenster rausgeworfen. Zum Beispiel als Geldgeschenke ans Ausland, an die EG, an Ausländer, vor allem an Scheinasylanten.“

■ **Starnberg** - In der aktuellen Ausgabe von „Ökologie“, dem Organ der „Unabhängigen Ökologen Deutschlands“ (UÖD) begründet Rolf Stolz, von 1990 bis Anfang 1998 stellvertretender Sprecher des „Friedenskomitees 2000“ sein Zerwürfnis mit Alfred Mechttersheimer und seinen Austritt aus dem Komitee. Das 1990 in Berlin von Stolz und Mechttersheimer mitgegründete „Friedenskomitee“ sollte das „gleichberechtigte Zusammenwirken von nationaler Linker, nationaler Mitte und nationaler Rechter in einer neuen politischen Kraft, die auf die Bewegung des Volkes setzt und nicht auf die Machenschaften von heillos zerstrittenen Parteifunktionären“ forcieren. Daraus entwickelte sich dann der Versuch, eine über alle Parteigrenzen hinausreichende „Deutschland-Bewegung“ aufzubauen. Dieser Versuch sei nun gescheitert, so Stolz, da sich Mechttersheimer von „rechten Parteien wie den >Republikanern< und obskuren ultrarechten Gruppierungen“ abhängig gemacht habe. Stolz wirft Mechttersheimer wegen dessen Anbiederung an die „rechte Altpartei“ DVU vor, sich „aus dem Kreis ernstzunehmender demokratischer Patrioten verabschiedet“ zu haben.

■ **Tostedt** - Die gewalttätige rechtsgerichtete Tostedter Skinheadszone im Süden von Hamburg ist gefürchtet. Bei ihren Aktivitäten werden jedoch auch andere „Qualitäten“ zutage gefördert: Der 26jährige Christian Hamann gilt als EDV-Experte. Er arbeitet in der Computerabteilung eines Hamburger Unternehmens. Eine Internetseite der Tostedter Skins ist mit Hamanns private Homepage beim Server „Conk“ verbunden. Im Angebot: Diverse Links zu anderen Neonaziseiten im Internet.

■ **Zerbst** - Der Landesverband der „Republikaner“ in Sachsen-Anhalt hat jetzt beschlossen, Franz Schönhuber „mit sofortiger Wirkung“ die Ehrenmitgliedschaft zu entziehen. Nach Ansicht des neugewählten Landesvorsitzenden Hermann Lehmann habe Schönhuber mit seiner Kandidatur für die „Deutsche Volksunion“ den REP Schaden zuge-

fügt. Noch Anfang 1997 hatten die sachsen-anhaltinischen REP den Ende 1995 aus der Partei ausgetretenen Schönhuber zum Ehrenmitglied ernannt.

Ausland

■ **Italien (Rom)** - Eine in der italienischen Hauptstadt ansässige Vereinigung „Associazione Uomo e Libertà“ beklagt in einem Schreiben an den italienischen Staatspräsidenten, den Generalsekretär des Europarates und den deutschen Bundespräsidenten, daß der Nazi-Kriegsverbrecher Erich Priebke „Seit mehr als vier Jahren die Einschränkung seiner Freiheit ertragen muß“. In dem Schreiben, das in der Bundesrepublik u.a. von dem neonazistischen „Deutschen Rechtsschutzbereich DRsK e.V.“ (Postfachadresse Bochum), der eng mit dem „Freundeskreis der >Unabhängigen Nachrichten<“ verbunden ist, verbreitet wird, heißt es: „Hinter den Kulissen einer solchen Verfolgung versteckt sich - für denjenigen erkennbar, der zwischen den Zeilen zu lesen vermag - die gleiche Regie jener extremistischen Zusammenhänge, deren Ziel es ist, den Friedensplan im Nahen Osten aufzuhalten.“

■ **Schweiz (Winterthur)** - Max Wahl, bis Ende 1994 Herausgeber und Redakteur der auch in Deutschland vertriebenen Schrift „Eidgenoss“, muß am 21. September in Winterthur vor Gericht erscheinen. Der 75jährige Hitlerverehrer ist wegen Widerhandlung gegen die Rassendiskriminierungsstrafnorm angeklagt und muß mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten rechnen. Wahl hatte im März 1996 an seine ehemaligen Abonnenten zum wiederholten Mal „Notizen“ übersandt und darin mehrere nationalsozialistische Werke angeboten, beispielsweise „Rassenkunde des jüdischen Volkes“ von Hans F. Günther. Wahl ist einschlägig vorbestraft. Im März 1995 wurde er in München wegen Volksverhetzung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt; des weiteren mußte er mehrere Geldbußen (insgesamt DM 30.000) bezahlen.

■ **Schweiz (Lausanne)** - Mehr als 1.000 Skinheads aus mehreren Ländern Europas wollen sich am Samstag, den 19. September, nachmittags zwischen vier und halb sechs zu einem Konzert versammeln. Treffpunkt ist ein Parkplatz beim Dörfchen Chalet-à-Gobet, unweit von Lausanne. Das geht aus einem Einladungsschreiben hervor, das die Schweizer „Sonntags-Zeitung“ veröffentlichte. Organisiert wird das „Jan Stuart Memorial Concert“ von den „Romandie Hammerskins“ und dem rechtsextre-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

men Tonträgervertrieb „Mjölner Diffusion“ aus Neuenburg, der vom 24jährigen Olivier Kunz betrieben wird. Angekündigt sind insgesamt sieben Nazi-Rock-Bands aus England, Schweden und den USA. Die Neuenburger Skins haben in den vergangenen 15 Monaten mehrere Konzerte durchgeführt. Anfang März beispielsweise konnten sie 800 Skinheads mobilisieren. Seit kurzem vertreibt „Mjölner Diffusion“ nun eine CD, welche den damaligen Auftritt der beiden Nazi-Rock-Bands „Corona Ferrea“ und „Odins Law“ dokumentiert. Über ein Konzert, das Mitte Mai in der Nähe von Lausanne stattfand, berichtete die Mannheimer Skin-Zeitschrift „Der Feldzug“

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Pressehaus I/216, Heussallee 2-10, 53113 Bonn
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 21 31
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidemarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.
Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.
Nachweis erforderlich!
Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto